

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 40 (1946)
Heft: 9

Artikel: Weltrundschau : die grosse Not ; Friedlosigkeit ; Um die Atombombe ; Russlands Recht ; Russlands Unrecht ; Politik des guten Willens ; Der Kampf um Vorderasien ; Palästina ; Aegypten und Persien ; Indien ; Indonesien und Ostasien ; Radikale Wendung tut ...
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-138845>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

dieser ritterlichen Waffe romantisch verklärter Zeiten, kann heute nur zur Verharmlosung der wirklichen Gefahr dienen.

Wenn wir wirklich nur die Hoffnung haben dürften, daß allen Zeichen der Zeit zum Trotz nur wieder eine alte Ordnung aufgerichtet wird, in der die Kirchen ebenfalls in alter Weise Gelegenheit hätten, „für die Ordnung der Liebe“ zu werben, dann würde uns das kaum Anlaß zu öffentlicher Fürbitte, viel eher Anlaß zu schamvollem Schweigen werden. Weil uns das Gottesreich von Jesus Christus nicht in solche Ferne gerückt, sondern als revolutionierende Kraft der Gegenwart geschenkt ist, glauben wir freilich, daß für die Verhandlungen in Paris, überhaupt für das politische Leben der Gegenwart, Fürbitte getan werden darf. Fürbitte dürfen wir tun, daß dort in aller menschlicher Schwachheit die wirklich drohenden Geister gebannt, daß die Wellen des Mißtrauens zurückgedämmt werden, daß die Fragen, die vom Hunger und der Atombombe, von Schuld, Rechtlosigkeit und geistiger Müdigkeit her gestellt sind, eine Antwort finden. Wir wollen bitten, daß vor allem in unseren eigenen Herzen jeder Mißbrauch des göttlichen Namens ausgelöscht werde, der in Vergangenheit und Gegenwart die Kirchen an die jeweils herrschenden Gewalten band, und daß jener Kleinglaube gelöscht werde, der aus der Lehre von den zwei grundwegs verschiedenen Reichen stammt und dem Menschen die gottgewollte Würde nimmt, seine Zeit wirklich zu beherrschen und neu zu gestalten.

Bruno Balssheit, Läufelfingen. Hans Bopp, Rümelingen.

Weltrundschau

Die große Not Die Welt ist nicht schöner geworden, seitdem vor fast vier Monaten meine letzte Rundschau in den „Neuen Wegen“ erschienen ist. Frisch aus Amerika zurückkehrt, das schon wieder fröhlich in Prosperity macht, habe ich sogar manchmal die Idee, als werde die Not und die Zerrüttung, die der Krieg in Europa zurückgelassen hat, eher größer denn geringer, und als seien alle Bemühungen, das Chaos zu bändigen, wie durch ein böses Verhängnis von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Gewiß, in der Bekämpfung der dringendsten Nöte, vor allem des Hungers, ist dank ungeheuer viel gutem Willen von Regierungen und Privaten Großes geleistet worden, und nicht zuletzt ist da auch von der Schweiz aus ein Werk der Nächstenliebe getan worden, das ihr mehr Schutz und Sicherheit einbringen wird als sämtliche militärischen Rüstungen, die wir bereitstellen könnten. Trotzdem bleibt die Hauptsache erst noch zu tun. Die halbe Bevölkerung der Welt leidet

an Unterernährung oder geradezu an Hunger; allein in Oesterreich — um nur dieses eine Beispiel herauszugreifen — hat sich infolge Nahrungsmangels die Sterblichkeit bei Säuglingen gegenüber der Vorkriegszeit vervierfacht, bei Erwachsenen verdreifacht. Die Aussicht auf den nächsten Winter ist für viele Länder einfach erschreckend. Dabei herrscht in anderen Ländern eigentlicher Ueberfluß; die Vereinigten Staaten z. B. erwarten heuer die größte Ernte an Nährgetreide, Kartoffeln, Obst, Zuckerrüben usw., die in ihrer Geschichte je vorgekommen sei, und zahlreich sind drüben die Stimmen derer, die, wie ein Mitarbeiter der Neuyorker Zeitung „P. M.“ fragen: „Wir möchten wissen, warum die Obrigkeit unseres Landes in bezug auf die Lebensmittelrationierung so dickköpfig ist. Vielleicht ist die Sache doch nicht so einfach, wie es uns vorkommt. Sonst wäre es sicherlich ein Verbrechen, da draußen die Menschen sterben zu lassen, während wir so viel mehr haben, als wir brauchen.“

Es scheint unter diesen Umständen unverantwortlich, daß die UNRRA, die große Hilfsorganisation der Vereinten Nationen, an ihrer jüngsten Tagung in Genf die Einstellung ihrer segensreichen Tätigkeit auf Ende dieses Jahres — für den Fernen Osten auf kommendes Frühjahr — ins Auge fassen mußte. Warum? Weil die Länder, die im Kriege keine Invasion erlitten haben, nicht mehr das halbe Prozent Abgabe von ihrem Volkseinkommen aufbringen zu können behaupten, das nötig wäre, um die Fortsetzung der Hilfstätigkeit der UNRRA sicherzustellen. Dabei werfen die gleichen Länder mit einer leichten Handbewegung ein Mehrfaches dieses Betrages zum Fenster hinaus, um sich einen ja doch bloß trügerischen Schutz gegen den „nächsten Krieg“ zu schaffen! Auch die Schweiz macht hier gar keine gute Figur. Hoffentlich kommt nun wenigstens das Welternährungsamt zustande, das der am 2. September in Kopenhagen zusammentretenden Konferenz der internationalen Landwirtschafts- und Ernährungsorganisationen ihr Leiter, der geniale Sir John Orr, vorschlagen wird. Diese Behörde hätte die Erzeugung und Verteilung von Lebensmitteln über die ganze Welt hin einheitlich anzuordnen, die Preise zu regeln und so den Anfang zu jener Weltplanwirtschaft zu machen, nach der angesichts der verzweifelten Zerrüttung von Handel und Wandel unsere Lage förmlich schreit. Wenn nicht Menschlichkeit, so wird vielleicht doch die Erwägung, daß ohne internationale Regelung die landwirtschaftlichen Preise zusammenzubrechen und eine schwere Krise heraufzuführen drohen, dem Plan zur Annahme verhelfen.

Vergessen wir im übrigen nicht, daß der Hunger nur *eine* Form der Not ist, die jetzt die Völker zermürbt, eine Not, von deren Grausamkeit man ja nur dann eine Ahnung bekommt, wenn man bestimmte menschliche Einzelschicksale kennen lernt, wie sie sich im Rahmen des Massenelends gestalten. Zu den ärgsten Nöten gehört sicher die Ver-

wahrlosung der Millionen „entwurzelter Personen“, dieser Heimatlosen, deren Mißhandlung durch die Behörden ein großer Skandal geworden ist, und anderseits die sittliche Verwilderung, Verrohung und Zügellosigkeit, die jetzt in besonders schrecklichem Maß über die Völker gekommen ist *). *Diese* Kriegsfolgen werden am schwersten zu heilen sein.

Friedlosigkeit Und bereits redet man — wie gesagt — gedankenlos oder zynisch vom „dritten Weltkrieg“, der sich nähert! Soviel ist freilich an dieser Rede richtig, daß die Welt bisher ihren Frieden noch immer nicht gefunden hat und ihn auch auf unbestimmte Zeit nicht finden wird. Die seit dem 29. Juli in Paris tagende sogenannte *Friedenskonferenz* macht ja viel eher den Eindruck, daß hier, besonders wenn man sich die Beziehungen der Vertreter der Westmächte zu denen der Sowjetunion ansieht, nicht Friedestifter zusammengekommen sind, sondern Kriegsmacher oder — wie sich ein englisches Blatt ausgedrückt hat — „offene Feinde, die auf Grund einer tatsächlichen militärischen Besetzung miteinander einen zeitweiligen Waffenstillstand zusammenschuftern“. Was diese Friedenskonferenz bis heute wirklich fertig gebracht hat, das ist sozusagen null, wenn nicht minus, obwohl die Verträge mit den ehemaligen Achsen-
trabanten schon fertig vorliegen und es sich nur mehr um Empfehlungen handelt, die den „Großen Vier“ von den kleineren Alliierten unterbreitet werden sollen. (Nebenbei: Gegenüber der katastrophalen „offenen Diplomatie“, die jetzt in Paris betrieben wird, hat die vielgeschmähte Geheimdiplomatie doch auch ihre erheblichen Vorteile!) Das dramatische Ringen zwischen dem von Rußland geführten „Ostblock“ und dem Rest der Delegationen um das Abstimmungsverfahren beleuchtete gleich zu Anfang die Gegensätze aufs schärfste: die Westmächte gedachten, mit Hilfe *ihrer* Trabanten, die Sowjetunion von vornherein leichthin in die Minderheit versetzen zu können, während sich die Sowjetunion ihrerseits hartnäckig gegen solche Majorisierung wehrte und für „wichtige“ Empfehlungen auch tatsächlich die Regel der Zweidrittelmehrheit durchdrückte. Die Folge ist, daß in den bedeutenderen Fragen keine der beiden Mächtegruppen ihrer Auffassung Geltung verschaffen und so die Arbeit der Konferenz endlos hinausgezögert werden kann, zumal im September auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen in Neuyork zusammentreten wird.

Unterdessen *verschlechtert sich die Weltlage* andauernd. Der Zustand Mitteleuropas, insbesondere Deutschlands und Oesterreichs, an

*) Wie letztthin berichtet wurde, wird von vier amerikanischen Soldaten im Laufe eines Jahres je einer geschlechtskrank. Und in der Schweiz habe sich die Zahl der Geschlechtskrankheiten zwischen 1941 und 1944 verzwanzigfacht — eine allerdings fast unglaubliche Zunahme.

dessen Behandlung sich eine interalliierte Konferenz überhaupt nicht herantraut, wird nachgerade ganz unhaltbar. Der Hexenkessel Balkan brodelte wieder einmal aufs bedenklichste. Und wie mit einem Blitz beleuchtete die unerhört scharfe, sachlich nicht gerechtfertigte Sprache des amerikanischen Ultimatums an Tito wegen des Abschusses zweier USA.-Flugzeuge durch jugoslawische Truppen die Lage im „europäischen Wetterwinkel“: es geht einfach um eine Machtprobe, bei der zunächst einmal abgetastet werden soll, wie weit man die hinter Jugoslawien vermutete Sowjetunion einschüchtern kann, ohne allzuviel riskieren zu müssen. Den Sack schlägt man und den Esel meint man! Dabei scheint jetzt Amerika die Führung übernommen zu haben; ja man spricht sogar von einer „neuen Außenpolitik“, die in Washington beschlossen worden sei und mit der Demütigung Jugoslawiens ihren ersten Triumph errungen habe.

Andererseits stößt auch Rußland ganz planmäßig gegen westalliierte, namentlich britische, Machtstellungen vor, indem es aus seinem Gefängnis im Schwarzen Meer durch die Meerengen ins Mittelmeer hinausdrängt, den bulgarischen Anspruch auf einen Ausgang ins Ägäische Meer unterstützt und die „Provokationen“ der von England gehaltenen reaktionären griechischen Regierung vor den Sicherheitsrat bringen ließ. Der *Kampf ums Mittelmeer*, das Großbritannien als *sein* Meer betrachtet, und an dem auch die Vereinigten Staaten durch Flottenkundgebungen ihr lebhaftes Interesse bekunden, scheint damit in aller Form eröffnet. Und wie hier, so ertönen auch sonst überall auf dem Balkan und im Donaauraum, in Triest wie in Siebenbürgen, in Mazedonien wie im Epirus, die alten, wohlbekannten Losungsworte der nationalen Machtpolitik: strategische Grenzen, Flottenstützpunkte, Befreiung der unerlösten Brüder usw. Vom Willen zu einer übernationalen Rechtsordnung, zu kollektiver Friedenswahrung, auf deren Boden alle Fragen nationaler Sicherheit und Freiheit die natürlichste Lösung fänden, keine Spur!

Und erst recht ist der Machtkampf in *Asien* entbrannt. Vom Suezkanal über Palästina und die Türkei, durch Iran und Irak hinein nach Indien und Indonesien und weiter nach China und Japan — allenthalben ein einziges, riesiges Ringen um Macht und Profit, wobei sich der Gegensatz Sowjetunion — Westalliierte immer weiter und gefährlicher zuspitzt.

Um die Atombombe In diesen Zusammenhang gehören auch die amerikanischen Versuche mit der Atombombe bei Bikini, im Stillen Ozean. Der militärische Zweck dieser Versuche mag zweifelhaft sein, und ihre wirklichen technischen Ergebnisse werden wohl der Welt für immer unbekannt bleiben; um so klarer war dafür ihr *politischer* Zweck und ihre *internationale* Wirkung: man

brauchte in jenen Tagen nur die öffentliche Meinung Amerikas zu beobachten, und man war schon im Bild, was da gespielt wurde, und auf *wen* Bikini gemünzt war. Ein großer und hoffentlich wachsender Teil des amerikanischen Volkes ist sich zwar der unheimlichen Verantwortung wohl bewußt, die der Besitz der Atombombe auf die Vereinigten Staaten legt. Ausdruck dieses Bewußtseins ist der unter dem Namen Baruch-Bericht bekannt gewordene Vorschlag der Regierung der Vereinigten Staaten, eine *internationale Atomkraftbehörde* einzusetzen, die die ausschließliche Aufsicht über Erzeugung, Entwicklung und Anwendung von Atomkraft ausüben und den Gebrauch von Atombomben, ebenso wie anderer Massenvernichtungswaffen — Bakterien, Gase, elektrische Wolken u. dgl. — im Krieg verbieten würde, wobei die fünf im Sicherheitsrat vertretenen Großmächte gegenüber der Atomkraftbehörde auf ihr Vetorecht zu verzichten hätten.

Ein großer, rettender Gedanke, der seinen Urhebern alle Ehre macht. Nur — seiner Verwirklichung stellen sich ernste Schwierigkeiten in den Weg. Amerika will sich nämlich das Recht vorbehalten, das Geheimnis der Atombombe erst dann der internationalen Behörde auszuliefern, wenn ihm „angemessene internationale Sicherheiten gegen den Mißbrauch solcher Mitteilungen“ geboten seien. Bis dahin also — und sie können diesen Zeitpunkt hinausschieben, solange sie wollen — gedenken die Vereinigten Staaten weiter Atombomben herzustellen, und das heißt, daß alle Verhandlungen über die Atomkontrolle unter dem Druck und der Drohung des amerikanischen Atommonopols stünden, daß das tödliche internationale Mißtrauen fort dauern und der Wettlauf um den Besitz des Atomgeheimnisses weitergehen würde... bis auch Rußland dahinter gekommen wäre. Die Sowjetunion weigerte sich jedenfalls, auf die selbständige Fortsetzung ihrer Atomforschungen zu verzichten und einer internationalen Behörde Einblick darein zu gestatten, solange Amerika das Atombombenmonopol habe. Ihr Gegenvorschlag war, die Vereinigten Staaten sollten von sich aus sofort auf die Herstellung und den Gebrauch von Atombomben verzichten, worauf dann die Verwendung von Atombomben auf dem Konkordatsweg, also nur gestützt auf *nationale* Gesetzgebung, verboten und die Ausführung des Verbots vom Sicherheitsrat überwacht werden solle, gegen dessen Beschlüsse wie üblich das Veto eingelegt werden könne.

Dieser letzte Punkt des russischen Vorschlags ist natürlich widersinnig und wird auch der Lage Amerikas nicht gerecht, dem man nicht zumuten kann, auf seinen Vorsprung in der Atombombenherstellung zu verzichten, ohne ihm unbedingte, durch kein Veto bedrohte Sicherheit gegen einen Angriff zu bieten. Aber die Haltung der Sowjetunion entspricht eben ganz ihrer Ueberzeugung, einer feindseligen kapitalistischen Welt gegenüberzustehen, die nur auf ihren Untergang sinne,

weshalb sie jederzeit die Möglichkeit haben müsse, einen gegen ihre Interessen gerichteten Beschluß der übrigen Staaten zu verhindern. Die Aechtung des Atomkrieges, ja des Krieges überhaupt, die Monopolisierung der neuen Vernichtungswaffen, ja *aller* Waffen und Kriegsrüstungen, durch eine souveräne Weltobrigkeit wird darum erst möglich werden, wenn das tiefe Mißtrauen, das jetzt zwischen Ost und West herrscht, und die damit verbundene gegenseitige *Furcht* überwunden sein wird. Wie es eine der helllichtigsten amerikanischen Zeitschriften einmal ausgedrückt hat: „Die russische Unnachgiebigkeit ist in erster Linie auf Furcht gegründet — die Furcht, die Kapitalisten anderer Länder wollten ihr gemeinwirtschaftliches Experiment zerstören. Die amerikanische Unnachgiebigkeit ist ebenfalls auf Furcht gegründet — in erster Linie die Furcht der Nutznießer unseres gegenwärtigen Gesellschaftssystems, die besondere Vorteile, die sie darin genießen, würden ihnen entzogen werden.“ („New Republic“, 24. Juni 1946.)

Rußlands Verweilen wir aber doch noch etwas länger bei der so lebhaft umstrittenen und so selten gerecht gewürdigten weltpolitischen Haltung Rußlands. Im Hintergrunde des Denkens der Männer, die die Sowjetunion leiten, steht immer der Glaube: Kapitalismus ist Krieg, Kommunismus ist Friede. Die russische Politik faßt nicht nur die *Möglichkeit*, sondern sogar die *Wahrscheinlichkeit*, wenn nicht die *Gewißheit* eines neuen Krieges ins Auge, der aus der kapitalistischen Weltunordnung hervorbrennen werde, eines Krieges, der dann unvermeidlicherweise gegen die einzige sozialistische Großmacht der Welt gerichtet sein werde. Aus diesem Glauben folgt ein doppeltes Streben: 1. den Herrschaftsbereich des Kapitalismus und Imperialismus möglichst zu verengern und denjenigen des Kommunismus entsprechend zu erweitern; 2. die Sowjetunion für den Fall eines neuen Krieges so stark und so unangreifbar wie nur möglich zu machen und ihr die besten Ausgangsstellungen in jeder Beziehung zu sichern.

Beide Ziele verfolgt die russische Politik mit derjenigen Folgerichtigkeit und Unduldsamkeit, die dem Wesen des Kommunismus als einer totalitären Gesellschaftslehre und vielleicht auch dem russischen Charakter, ganz bestimmt aber den bisherigen Erfahrungen der Sowjetunion mit der Außenwelt entspricht, von den Interventionskriegen der zwanziger Jahre bis zum Münchner Abkommen und zum britischen Angriffsplan gegen Rußland von 1940. *Nicht* gesagt aber, ja ganz unwahrscheinlich ist es, daß aus den angegebenen Zielen der Sowjetpolitik die Absicht eines *Angriffskrieges* folge, wie dies z. B. William C. Bullitt, der frühere amerikanische Botschafter in Moskau, neuerdings in seinem Buche „The Great Globe itself“ und die ganze

populäre Propaganda, die gegen Rußland getrieben wird, annimmt. Abgesehen davon, daß die aus tausend Wunden blutende Sowjetunion, die im Kriege gegen Hitler furchtbarere Verluste und Zerstörungen erlitten hat als sämtliche übrigen Alliierten zusammen, auf absehbare Zeit einen Krieg gar nicht führen *könnte*, gehen die Leiter der Sowjetpolitik nur einfach von der Vorstellung aus, daß die im Kapitalismus wirkenden Kriegskräfte einmal explodieren könnten, ja vermutlich explodieren *würden*, und daß dann die Sowjetunion zu einem letzten Entscheidungskampf auf Tod und Leben gezwungen wäre. Und darin haben sie ein ganzes Stück recht.

Im Kapitalismus *liegen* tatsächlich stärkste Kriegskräfte. Die kapitalistische Wirtschaft steht angesichts ihrer chronischen Absatznot unter dem dauernden Zwang, immer neue Warenmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagegebiete zu erobern, und das schafft ohne jeden Zweifel gefährlichste Möglichkeiten für Völkerkonflikte. Eine neue akute Wirtschaftskrise — und wer ist so vermessen, den Ausbruch einer solchen als ausgeschlossen zu erklären? — könnte recht wohl wiederum einen kriegstreiberischen Faschismus obenauf bringen und das Industrie- und Finanzkapital in schwere Versuchung führen, wie in den dreißiger Jahren Verwertung und Gewinn in uferloser Rüstungsproduktion zu suchen, um „die Krise mit Kanonen aus der Welt zu schießen“ — mit Kanonen, die natürlich zuerst gegen die Sowjetunion losgehen würden.

Bullitt rechnet den Amerikanern schon heute vor, die Sowjetunion werde in 30 Jahren wahrscheinlich 100 Millionen Einwohner mehr zählen als die Vereinigten Staaten und im Jahr 1970 fast 37 Millionen kriegsfähige Männer haben gegen nur 5,7 Millionen, die dann Großbritannien und 4,8 Millionen, die Frankreich haben werde. Der Gedanke eines *Präventivkrieges* gegen Rußland muß sich ja da dem Durchschnittsleser von Bullitts Buch geradezu aufdrängen, und der Verfasser will diese Suggestion ganz sicher auch vermitteln, so wenn er etwa bemerkt, es sei keineswegs gesagt, daß man die Atombombe nicht benutzen dürfe, um der russischen Ausdehnungspolitik Halt zu gebieten; einen Verbrecher rechtzeitig unschädlich zu machen, sei nicht unmoralisch. Und wer in den letzten Monaten die amerikanische Tages- und Zeitschriftenliteratur las, wer in den verschiedensten Teilen der Union herumhörte und nicht nur auf die „Volksstimme“, sondern auch auf die Äußerungen und die ganze Gesinnung von Zeitungsleuten, Geschäftsmännern und Politikern acht gab, der weiß zur Genüge, wie stark man sich in den Vereinigten Staaten bereits mit dem Gedanken eines Krieges gegen Rußland vertraut gemacht hat. Ist da die Sowjetunion nicht weithin im Recht, wenn sie an die Unvermeidlichkeit eines bewaffneten Zusammenstoßes mit der bürgerlich-kapitalistischen Welt zu glauben geneigt ist und sich darauf beizeiten einrichtet?

Rußlands Unrecht Und doch ist dieser Glaube im letzten Grunde falsch. Er ist Aberglaube, Schicksalsglaube, Unterwerfung unter ein vermeintlich unerbittliches Verhängnis, beruhend teils auf jenem Fatalismus, zu dem östliches Denken so stark hinneigt, teils und besonders auf einem marxistischen Dogmatismus, der die Geschichte von ehernen, selbsttätig wirkenden materiellen Gesetzen und Kräften beherrscht sein läßt, die menschliches Wollen nicht aufzuheben, nur zu erkennen und zu benützen vermöge.

Richtig — bloß *menschliches* Wollen vermag zuletzt nichts gegen gesellschaftliche und andere objektive „Gesetze“. Aber ist nicht der Mensch im Bunde mit den Gesetzen und Kräften der geistig-sittlichen Welt auch den dämonischen Scheinmächten, insbesondere dem Zwang eines sich automatisch erfüllenden wirtschaftlich-politischen Kriegsverhängnisses, überlegen? Und hat ihr Pseudomarxismus die Beherrscher der Sowjetunion nicht schon einmal in folgenschwerer Weise irregeführt? Ich habe hier *seinerzeit**) darauf hingewiesen, wie stark das Dogma von der gleichmäßigen Schlechtigkeit der bürgerlichen Regierungssysteme — früher sprach man wohl von der „einen reaktionären Masse“, die dem sozialistischen Proletariat gegenüberstehe — an der Ueberzeugung Stalins beteiligt war, die Westmächte würden sich über kurz oder lang mit Hitler zum Kreuzzug gegen Rußland verbünden, und es komme nun alles darauf an, wenigstens den einen, den nächststehenden und bedrohlichsten der zukünftigen Kriegsgegner vorläufig zu neutralisieren und sich inzwischen die besten Ausgangsstellungen für die bevorstehende kriegerische Auseinandersetzung zu schaffen. Das war, wie heute auch Kommunisten erkennen, ein verhängnisvoller Irrtum, der Rußland und die Welt entsetzlich teuer zu stehen gekommen ist. Soll er jetzt mit sicher noch ungleich furchtbareren Wirkungen wiederholt werden?

Die Erfahrung könnte die Sowjetpolitiker inzwischen gelehrt haben — und eine verständig gehandhabte marxistische Methode würde es ihnen bestätigen —, daß die bürgerlich-kapitalistische Welt alles nur keine geschlossene Einheit ist, sich vielmehr in die gegensätzlichsten Kulturkreise und Wirtschaftsgruppen aufspaltet, daß sich diese verschiedenartigen Bestandteile in sehr ungleichen Entwicklungsstadien befinden, und daß die Entwicklung im einen Lande zudem ganz und gar nicht dieselben, „gesetzmäßig“ aufeinanderfolgenden Abschnitte durchläuft wie im andern. Kurz, man könnte, wenn man ohne dogmatische Scheuklappen in die Welt hineinsieht, in Rußland bemerkt haben, daß die außer Sowjetische Welt keineswegs ein einheitliches Interesse an der Zerstörung des kommunistischen Staates hat, und daß Rußland durchaus die Möglichkeit besitzt, mit den westlichen Staaten

*) Vgl. das Märzheft der „Neuen Wege“.

friedlich zusammenzuleben und seine Sonderart zu entfalten, ohne eine gewalttätige Unterbrechung seines Wachstums befürchten zu müssen. Es wäre für die Sowjetunion gewiß keine leichte, aber dennoch eine dankbare Aufgabe, die fortschrittlichen, demokratischen und sozialistischen Kräfte in den westlichen Ländern zu benutzen, um die Wiederkehr einer weltweiten Wirtschaftskrise durch internationale Planwirtschaft zu verhindern oder wenigstens deren Schärfe zu mildern, falls sie doch eintreten sollte, und eine Völkerrechtsordnung aufzubauen, die mit der Ausschaltung der Kriegsgefahr auch die Existenz der Sowjetunion unbedingt sicherzustellen vermöchte.

Politik des guten Willens Daß es solche Kräfte, und sehr starke, im Westen tatsächlich gibt, kann nur Blindheit oder Uebelwollen leugnen. Sie sind in Europa am Werk, namentlich in den demokratischen und sozialistischen Bewegungen. Und sie sind auch in Amerika vorhanden, dessen Volk auch durch die abscheulichste Hetze niemals für einen Präventiv- oder Angriffskrieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen wäre. Ein wohlbekannter amerikanischer Journalist, Paul Scott Mowrer, drückt zweifellos die Meinung der großen Mehrzahl seiner Landsleute aus, wenn er in einem offenen Brief an den Russen „Iwan“, den ich z. B. im „Oregon Sunday Journal“, einem Wochenblatt des Westens, gefunden habe, schreibt:

„Wir Amerikaner haben unsere eigene Lebensform. Bei all ihren Nachteilen glauben wir, sie sei der euren überlegen. Aber wir anerkennen euer Recht, eure heimischen Angelegenheiten zu ordnen, wie es euch paßt, und wir begehren nichts Besseres, als mit euch in auswärtigen Angelegenheiten verständnisvoll und freundlich zusammenzuarbeiten.

Wir haben alles getan, was wir wußten, um eure Regierung davon zu überzeugen. Es scheint uns aber, als hätten wir dafür nichts empfangen als nur Körbe. Eure Regierung hat gegenüber Amerika und den Amerikanern konsequent eine feindselige und argwöhnische Haltung eingenommen, die nach unserem Empfinden unverdient ist und die uns kränkt.“

Daß Amerika alles getan habe, um Rußland von seinen freundschaftlichen Absichten zu überzeugen, ist zwar handgreiflicher Unsinn; die amerikanische Haltung in der Atombombenfrage — um nur das zu erwähnen — und das beständige Auftrumpfen mit der militärischen Ueberlegenheit der Vereinigten Staaten ist wirklich nicht dazu angehtan, die Russen von ihrem Argwohn zu befreien. Aber Mowrer und die so denken wie er meinen es trotzdem ganz ehrlich, und an der Sowjetunion wäre es, den vielen guten Willen, der ihr aus dem amerikanischen Volk entgegenkommt, nutzbar zu machen, um jeden Gedanken an einen Krieg zwischen den beiden Reichen von vornherein als unverantwortliche und verbrecherische Tollheit erscheinen zu lassen.

Eine solche Haltung auf russischer Seite setzt freilich eine politische Theorie und Praxis, eine Welt- und Lebensauffassung voraus, wie sie in der Sowjetunion von heute noch nicht herrscht, einen weitherzigen, menschlichen und freiheitlichen Sozialismus, wie er nun einmal dem modernen Kommunismus fremd ist, eine antimilitaristische und pazifistische, alle nationale Souveränität der internationalen Solidarität unterordnende Gefinnung, wie sie allein eines Staatswesens würdig ist, dessen Führer sich auf den sozialistischen Internationalismus berufen. Und darum bleibt eine *Wandlung sowjetrussischen Denkens und Wollens*, die in die Tiefe geht und aus der Tiefe kommt, eine Grundbedingung aller dauerhaften Verständigung von Ost und West. Ich habe das schon mehr als einmal und, wie ich glaubte, sehr deutlich ausgesprochen; aber man muß es scheinets immer wieder sagen, um Mißverständnisse zu beseitigen — *wenn* sie beseitigt werden können . . .

Mit der gleichen, vielleicht langweiligen Hartnäckigkeit muß freilich auch die andere, in meinen Augen ebenso grundlegende Wahrheit wiederholt werden, daß die außerrussische Welt, vorab die Westmächte, von der Sowjetunion eine gutwillige Zusammenarbeit und eine Schwenkung zur Politik der kollektiven Sicherheit hin nur dann erwarten können, *wenn sie selbst mit der Politik nationaler Macht-sicherung und kapitalistisch-imperialistischen Konkurrenzkampfes radikal brechen*. Und die „westliche Demokratie“ wird in der Sowjetunion nur dann ernst genommen werden, wenn sie sich von ihrer Verfälschung und Aushöhlung durch den Kapitalismus befreit und als *sozialistische* Demokratie neue, erobernde Lebenskraft gewinnt. Wie es in dieser Beziehung heute tatsächlich steht, wollen wir durch einen Rundblick über das Gewoge des politischen Weltringens summarisch festzustellen versuchen.

Der Kampf um Vorderasien Der gefährlichste Konfliktsherd liegt zur Zeit, und wahrscheinlich auf lange hinaus, in Asien und im angrenzenden Nordafrika. Hier haben Großbritannien und die Vereinigten Staaten ihr wichtigstes Interessengebiet, und von hier aus, zunächst namentlich vom nahen und mittleren Osten aus, verschärfen sich die Gegensätze zwischen den angelfächischen Mächten und der Sowjetunion am bedrohlichsten.

Das britische Interesse an Vorderasien ist ein doppeltes. England braucht — im Zustande der internationalen Anarchie — die Landbrücke nach Indien und Ostasien als unentbehrliches Glied seines Reichsverteidigungssystems. Und die Kapitalanlagen seiner Industrie- und Finanzschicht, zum Teil aber auch wirtschaftliche Bedürfnisse des Gesamtreiches, erheischen die Erhaltung des status quo, die Verhinderung nationaler und sozialer Umwälzungen und jedenfalls die Fernhaltung sowjetrussischen Einflusses auf diese Gebiete.

Nun ist aber der vordere Orient — wie das übrige Asien — in stärkster Gärung, ja in einer eigentlichen Revolution begriffen. Und zwar tritt neben die *nationale* immer kräftiger eine *soziale* Freiheitsbewegung, die täglich mehr an Boden gewinnt. Die größtenteils in Elend, Schmutz und Krankheit verkommenen Volksmassen beginnen sich wirtschaftlich und politisch zu organisieren; die revolutionären Parteien und die Gewerkschaften finden einen Zulauf, wie er in diesen Ländern bislang völlig unbekannt war. Ein Beispiel für viele: „In Irak“, so berichtet John Kimche in „Servir“ aus eigener Anschauung, „entwickelt sich der Kommunismus reißend. Man findet dort schon vier kommunistische Tageszeitungen und ein kurdisches Kommunistenblatt“ und die Partei holt sich ihre Anhänger besonders unter den Eisenbahnern, den Lehrern, den Beamten und sogar in der Armee, in der zahlreiche Offiziere, die seinerzeit bei der Revolte von Rachid Ali im Jahr 1941 (gegen die Engländer) mitmachten, heute die kommunistische Opposition gegen den Regenten und seine Regierung unterstützen.“

Der ganze mittlere Osten, so fährt Kimche fort, wie er von den Engländern nach 1920 geschaffen worden, werde innert kurzem zusammenbrechen. Alle fortschrittlichen Kräfte blickten nach der Sowjetunion aus als der mächtigsten Helferin in ihrem Befreiungskampf. England aber beharre darauf, in den radikalen Volksbewegungen seinen Feind zu sehen und sich auf die reaktionäre arabische Herrenklasse zu stützen, auf die Vertreter der einheimischen Grundbesitz- und Finanzinteressen, die ihrerseits nach Großbritannien ausblickten, als dem zuverlässigsten Verbündeten in ihrem Kampf gegen den sozialen Umsturz. Vor und während dem Krieg suchte England — erfolglos, wie man weiß — durch „nationale“ Zugeständnisse und schließlich durch die völlige Preisgabe seiner judenfreundlichen Palästinalpolitik die Loyalität der arabischen Oberschicht für den Kampf gegen die Achse zu erkaufen. Nach dem Krieg ist der große Feind die Sowjetunion geworden, die nach den Warmwasserhäfen und den Oelfeldern des mittleren Ostens hindrängt. „Ein Block arabischer Staaten, der mit Großbritannien durch Konzessionen, Gunsterweise und eine wohlbegründete Furcht vor dem Kommunismus verbunden wäre, scheint dem landläufigen Kolonialdenken das bestmögliche Bollwerk gegen ein russisches Vordringen zu sein. Diese Hoffnungen würden aber durch ein Anwachsen der jüdischen Stärke in Palästina vereitelt werden. Denn die Tatkraft und das soziale Fortschrittsprogramm der Juden bedrohen viel unmittelbarer als Rußland den kastenmäßigen Feudalismus der mohammedanischen Welt, aus dem die arabische Herrenklasse ihren Reichtum und ihre Macht zieht.“ (Freda Kirchwey in der Neuyorker „Nation“.) Darum die Interessengemeinschaft zwischen britischem Kolonialbeamtentum und Kolonialmilitär einer-

feits und arabischer Oberschicht anderseits; „der Himmel weiß“, seufzt Freda Kirchwey, „er (der britische Kolonialbeamte) wünscht soziale Veränderungen so wenig wie der Araber; er wünscht das alte System und Leute an der Spitze, mit denen sich auch ein ordentlicher Kuhhandel abschließen läßt.“

Palästina Auf diesem Hintergrund muß man die jüngste Entwicklung in Palästina sehen. Die jüdischen Gewalttätigkeiten sollen hier nicht beschönigt werden; sie sind unwürdig und schaden der Sache des jüdischen Volkes ungemein. Aber wenn heute Palästina am Rand eines offenen Krieges steht, so sind daran nicht in erster Linie die Juden schuld, ihr zunehmender Nationalismus, ihre auffällig unzulängliche politische Führung und ihre langjährige verachtungsvolle Weigerung, sich mit den Arabern zu verständigen, die sie freilich an Starrsinn und Rücksichtslosigkeit womöglich noch übertreffen. Die Hauptverantwortung trifft ohne Zweifel die Engländer, insbesondere die Labourregierung, die viel zu lange die Dinge gehen ließ, wie sie wollten, und schließlich ihre in der Oppositionsstellung vertretene Politik der freien jüdischen Einwanderung nach Palästina schmählich verleugnete. Die Verteidigung der neuen Labourpolitik durch Bevin am Parteitag in Bournemouth und ihre Gutheißung durch die große Mehrheit der Delegierten war eine besonders bemühende Sache.

Wie der so gründlich verfahrenene Wagen der britischen — und amerikanischen — Palästinapolitik ins rechte Gleis gebracht werden soll, ist allerdings schwer zu sagen. Ein Judenstaat in einem Lande, dessen Bevölkerung zu zwei Dritteln arabisch ist, ist vorerst nur als Diktatur denkbar. Ein jüdisch-arabischer Gemeinschaftsstaat aber ist angesichts des tödlichen Hasses, den beide Nationen gegeneinander empfinden, eine Utopie. Weder Juden noch Araber haben bis jetzt anders denn als Untertanen einer autoritär regierenden Mandatmacht zusammenleben können. So scheint sich, mit wichtigen Änderungen freilich, namentlich unter weitherzigerer Zulassung der jüdischen Einwanderung, der *Teilungsplan* als vorläufig einzig brauchbare Lösung aufzudrängen. Als *vorläufige* Lösung! Denn das kleine Palästina ist eben doch geographisch und wirtschaftlich eine Einheit, und das Ziel muß sein, es auch politisch als Einheit zu konstituieren, wenn Juden und Araber einigermaßen gelernt haben werden, sich selbst zu regieren, und zur Einsicht gekommen sind, daß sie einander wohl oder übel brauchen. Vielleicht könnte diese Schule der Selbstregierung und Verträglichkeit auch in einem gemeinsamen Staat durchlaufen werden, der beiden Nationen in ihren getrennten Landesteilen weitgehende *Selbstverwaltungsrechte* gäbe; nur scheinen die Schwierigkeiten einer Zusammenarbeit von Juden und Arabern in gemeinsamen

Zentralbehörden vorerst so groß, daß die völlige Trennung wohl doch das kleinere Uebel darstellte.

Eine *Dauerlösung* der Palästinafrage wird auf alle Fälle nur gefunden werden können, wenn sich Juden und Araber über die Köpfe der arabischen Herrenschicht wie des britischen Kolonialbeamtentums hinweg als *Völker* die Hand reichen. Eine großzügige wirtschaftliche Neugestaltung des ganzen vorderen Orients — ich habe schon wiederholt darauf hingewiesen — ist dafür unerläßlich. In ihrem Rahmen könnten Palästina und Transjordanien Millionen von Juden eine Heimstätte bieten, könnten in Irak-Mesopotamien mehr Menschen angesiedelt werden, als dort in alten Zeiten lebten (17 bis 25 Millionen) und vermöchte Palästina, wie Dr. Lowdermilk in seinem Palästina-buch*) schreibt, „als Beispiel, Beweis und Hebel dienen, der den ganzen nahen Osten aus seinem jetzigen trostlosen Zustand heraus- und zu einem würdigen Platz in einer freien Welt hinaufheben wird“.

Aegypten und Persien

Die britischen Schwierigkeiten in Palästina haben auch die *Aegypter* wieder zu größerer Unnachgiebigkeit veranlaßt, so daß die Verhandlungen über die Räumung Aegyptens durch Großbritannien, die auf gutem Wege zu sein schienen, „endgültig gescheitert“ sein sollen. Die Aegypter bestehen auf der sofortigen Zurückziehung der britischen Truppen und haben auch keine Lust, auf Grund einer Militärallianz den Engländern die Kastanien aus dem Feuer zu holen, wenn es im mittleren Osten zu einem Zusammenstoß mit Rußland kommen sollte; darüber hinaus verlangen sie die Einverleibung des Sudans, der jetzt von Aegypten und Großbritannien gemeinsam verwaltet wird. Bei der leidenschaftlich nationalistischen und brittenfeindlichen Haltung aller ägyptischen Parteien — ich habe vor kurzem im Verkehr mit ägyptischen Politikern Gelegenheit gehabt, ihre Denkweise etwas näher kennen zu lernen — ist schwer abzusehen, wie da auf gutlichem Wege eine dauerhafte Verständigung möglich sein soll.

Persien ist für den Augenblick etwas in den Hintergrund der Weltbühne getreten, doch geht dort der Kampf um die nationale und soziale Befreiung einerseits, die Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und Großbritannien-Amerika anderseits mit aller Zähigkeit weiter. Die Anfang August erfolgte Entsendung britisch-indischer Truppen nach Basra, in Südirak, die „dem Schutz indischen, britischen und arabischen Lebens sowie indischen und britischen Eigentums“ dienen sollte, war ein Gegenzug gegen die Aufnahme von vier der Tudeh-Partei angehörenden Ministern in die Regierung Ghavam und ganz allgemein gegen „die Umtriebe der Tudehpartei in Persien, die

*) Palestine, land of promise, von Walter Clay Lowdermilk.

kommunistischen Charakter hat und ihre Instruktionen aus Moskau empfängt, und die begann, auch in Südpersien unter dem indischen und arabischen Personal der Oelfelder**) ihre Agitation zu entfalten“, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ so schön sagt. Wobei sie nur zu bemerken vergißt, daß Moskau und der Kommunismus für die persischen, indischen, arabischen usw. Unterschichten nichts als Hilfskräfte sind in dem Kampf, den sie für ihre politische und soziale Befreiung gegen ihre mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten kollaborierenden Oberklassen zu führen haben. Es mag sein, wie der Labourabgeordnete und Journalist Michael Foot im „Daily Herald“ schreibt, daß der Engländer, den die Orientalen kennen, „eine Karikatur ist“. Aber er fügt selbst bei, daß die sozialen Kämpfe, die nicht nur Persien, sondern den ganzen mittleren Osten erschüttern, nicht ernst genug genommen werden könnten. „Das Erbe einer furchtbaren Vergangenheit lastet schwer auf uns. Und vielleicht die größte Frage der heutigen Weltpolitik ist die, ob es uns gelingt, uns von diesem Erbe loszumachen und das Bild eines neuen England zu zeigen — solange es noch Zeit ist.“

Indien In Indien ist dies der Labourregierung in hohem Grade tatsächlich gelungen. *Indien wird frei werden* — soviel steht fest. Und das ist ein gewaltiges, ein weltgeschichtliches Ereignis, dessen Bedeutung durch die unendlichen Qualen, unter denen die Geburt der indischen Nation vor sich geht, nicht verringert, eher erhöht wird.

Die dreimonatigen Verhandlungen, die die britische Regierungsdelegation mit den Führern der indischen Parteien pflog, hatten ein doppeltes Ziel: einen langfristigen Plan für die Schaffung einer indischen Verfassung auszuarbeiten, auf den sich die beiden Hauptparteien, der Kongreß und die Moslemliga, einigen könnten, und für die Uebergangszeit, während der die verfassungsgebende Versammlung dem Land seine endgültige Form zu geben hätte, eine vorläufige indische Nationalregierung unter dem britischen Vizekönig zu bilden. Der langfristige Plan fand nach mancherlei Zwischenfällen die Zustimmung beider Parteien, wenn auch mit starken Vorbehalten; die verfassungsgebende Versammlung wurde im Einvernehmen zwischen Hindus und Mohammedanern friedlich gewählt; die Uebergangsregierung schien ohne Schwierigkeiten gebildet werden zu können — da nahm der Leiter der Moslemliga, Jinnah, eine unglückliche Erklärung Nehrus, des Führers der Kongreßpartei, zum Anlaß (oder Vorwand), um dem ganzen Verständigungswerk in letzter Stunde den Krieg anzufügen, die Beteiligung der Mohammedaner am Parlament und an der Regierung zu verweigern und seine Anhänger zur „direkten Aktion“

**) Die anglo-iranischen Oelquellen und die Raffinerien von Adaban gehören zu den reichsten Petrolgebieten und den größten britischen Industrieunternehmen der Welt.

aufzurufen, mit dem bekannten Erfolg, daß in den Städten Bengalens blutige Unruhen ausbrachen, die Indien bis nahe an den Bürgerkrieg heranführten.

Das große Ziel der Mohammedaner, die eben wirtschaftlich gegenüber den Hindus im Rückstande sind, ist, wie man weiß, die Errichtung eines eigenen Staatswesens („Pakistan“), in dem sie vor Majorisierung durch die Hindus gesichert wären. Aber es ist schwer zu glauben, daß der gewalttätige Widerstand, den die Moslemliga nunmehr gegen die Schaffung eines allindischen Gemeinschaftsstaates entfesselt hat, sie diesem Ziele näherzubringen geeignet sei. Das Beste, was sie von der Kongreßpartei erwarten kann, ist ein Entgegenkommen in der Richtung, daß die überwiegend mohammedanischen Provinzen, besonders die nordwest-indischen, die eine gewisse natürliche Einheit bilden, weitgehende Selbstverwaltung bekommen — aber nur im Rahmen des Einheitsstaates, den die Hindus unter keinen Umständen preiszugeben bereit sind. Das Problem des Ausgleiches von Zentralismus und Föderalismus, ein Hauptproblem unserer Zeit, stellt sich auch hier.

Inzwischen ist unter Nehrus Vorsitz die Uebergangsregierung doch gebildet worden, der auch ligafreie Mohammedaner angehören, und der Tag rückt näher, da die Engländer Indien, das bisherige Herzstück ihres Reiches, endgültig räumen werden — militärisch und politisch wenigstens. Denn daß die *wirtschaftlichen* Bindungen Indiens an das alte Mutterland auf absehbare Zeit trotzdem weiter bestehen werden, darüber braucht man sich nicht zu täuschen; das junge kapitalistische Bürgertum Indiens, das im wesentlichen hinter der Kongreßpartei steht, wird dabei ebenso auf seine Rechnung kommen wie die alte indische Feudalklasse und das britische Industrie- und Finanzkapital. Und was vor Jahren einmal H. N. Brailsford von den britischen Dominien sagte, das dürfte heute im Kern auch von einem „unabhängigen“ Indien gelten:

„Weder der schwache Anstrich von reformistischem Sozialismus, der das Denken der australischen Labourpartei färbt, noch der Afrikaner-Nationalismus der Holländisch-Briten tut dem normalen Funktionieren der kapitalistischen Demokratie ernstlichen Eintrag. Hier wie zu Hause sind die Besitzverhältnisse das Entscheidende. Aber in den Dominien bemüht sich die örtliche Besitzerklasse, in und auch außer der Regierung, nicht ausschließlich kraft ihres eigenen Einflusses als Unternehmer, Bankiers und Zeitungsbesitzer zu regieren; sie ist auch Geschäftsführerin und Sachwalterin des wirklichen Eigentümers an der Themse, der das Kapital für ihre Bergwerke, Bewässerungsanlagen, Hypothekartrufts und öffentlichen Anleihen liefert. Auf die Wirksamkeit dieses finanziellen Bandes rechnete vermutlich die britische Herrenklasse mit ihrer üblichen schweigsamen, instinktmäßigen Scharfsichtigkeit, als sie mit etwelchem Mißtrauen den besiegten Burenrepubliken im Rahmen der Dominionverfassung Selbstregierung gewährte. Schulden sind die unsichtbare Klammer um das Empire herum.“

Wobei die Schulden auch in Neuyork aufgenommen werden können, nicht bloß in London.

Indonesien und Ostasien Der Platz verbietet es mir, heute mit mehr als einem einzigen Wort auf die Lage in Indonesien, Indochina, China und Japan einzutreten. Darum nur das eine: Auch in diesem Riesenraum, der rund einen Drittel der Menschheit umfaßt, vermischte sich der nationale Freiheitskampf beständig mit dem sozialen Klassenkampf. Man erlaube mir, eine bezeichnende Stelle aus „The Atlantic“, der großen amerikanischen Monatschrift, anzuführen:

„In China pendelt die Bürgerkriegsfrage immer noch unsicher zwischen Verhandlung und Kampf hin und her ... Die Kuomintang benimmt sich oft wie eine Kolonialregierung in einem nominell freien Lande. Sie möchte die Lehre von der weißen Vaterherrschaft aufrechterhalten gegenüber der wachsenden Zahl der Menschen, die ihr Recht auf Teilnahme an der Politik hartnäckig geltend machen. China wird leichter verständlich, wenn wir erkennen, daß der Teilerfolg der Kommunisten in ihrem Bestreben, das Anrecht auf ein politisches Leben zu erobern, sein genaues Gegenstück hat in den Teilfreiheiten, welche die Republik des Viet Nam (in Indochina) und die indonesische Republik erstritten hat. Andererseits findet die Gefahr weiterer militärischer Aktionen der Kuomintang ihr genaues Gegenstück in der Gefahr neuerlicher militärischer Unterdrückungsmaßnahmen der Franzosen in Indochina und der Holländer in Indonesien.“

In der Tat: überall stehen die alten und jungen imperialistischen Mächte hinter den eingeborenen Oberklassen, die ihre Herrschaft gegen die andrängenden unteren Schichten verteidigen. In China namentlich stützt sich Tschiang Kai-Schek offenkundig auf die amerikanische Militärmacht, und daß General MacArthurs japanische „Demokratie“ der wirksamste Schutzschild ist, hinter dem die konservativen und reaktionären Mächte ihre Stellungen wiederaufbauen können, unterliegt ebensowenig dem geringsten Zweifel.

Radikale Wendung Der Schluß aber aus dieser ganzen Sachlage, wie sie nicht nur im Fernen Osten, sondern in ganz Asien und darüber hinaus besteht, ist einfach zu ziehen. Tun wir es mit den Worten der Londoner „Peace News“:

„Wie zweideutig auch manche Ausdrucksformen des Kampfes sein mögen — seine Hauptlinien und seine Hauptbedeutung sind klar. Rußland setzt sich für die Befreiung der Massen ein, und Großbritannien, ob es nun die Ausdehnung des russischen Einflusses zu hindern sucht oder sich lediglich verzweifelt an seine Rohstoffgebiete klammert, unterstützt alle diejenigen, die sich der Befreiung der Massen widersetzen.“

Das England, das so handelt, ist ein *sozialistisches* England. Die Vereinigten Staaten, die es auch tun, sind nicht sozialistisch. Rußland hat darum weithin recht, wenn es erklärt, zwischen dem britischen Sozialismus und dem amerikanischen Kapitalismus bestehe eigentlich kein Unterschied. Wenn es hart auf hart gehe, seien beide ein Ding. Die einzige Art, wie sich Großbritannien in russischen Augen sauber waschen könnte, bestünde darin, daß es den Grundbesitzer- und Finanzklüngeln in ganz Asien jede Unterstützung entzöge. Das wäre aber nur möglich,

wenn sich eine revolutionär neue Auffassung von den britischen ‚Interessen‘ durchsetzte ... Einfach ist die Lösung nicht. Die britische Politik muß irgendwie von Grund auf erneuert werden. Die gegenwärtige Politik ist aufs schwerste diskreditiert und *muß* scheitern.“

Ist es wirklich so schwer einzusehen, daß über allen Imperialismus und Kolonialismus ein weltgeschichtliches Gericht hereingebrochen ist, dem nur entgehen kann, wer sich von ihm radikal los sagt?

Vom britischen Sozialismus Soviel über Asien. Die Aussicht, die Revolution der farbigen Rassen in die Bahn eines demokratischen Sozialismus zu lenken, ist freilich nicht gut. Der Kommunismus hat in Asien schon darum einen großen Vorsprung, weil er die fast gegebene Form des Sozialismus in den Ländern ohne Demokratie ist, die zur politischen Selbstregierung — wie auch Rußland — vermutlich erst durch die wirtschaftliche und soziale Befreiung hindurch kommen werden. Wie steht es aber in *Europa*, wo der Vorsprung deutlich auf Seiten der *Demokratie* ist? Nützt unser Erdteil — ich spreche nur von Mittel- und Westeuropa — seine Chance aus, eine sozialistische Ordnung von seiner großen demokratischen und christlichen Ueberlieferung her aufzubauen?

Die Führung des europäischen Sozialismus ist, nicht erst seit dem zweiten Weltkrieg, an die britische *Labourpartei* übergegangen. In ihr verkörpern sich die besten Traditionen des freiheitlichen und humanistischen Abendlandes. Und die Labourpartei ist mehr als irgend eine andere Bewegung berufen, durch Beispiel und direkten Einfluß dem europäischen Festlande zu helfen, zwischen Kommunismus und Reaktion durchzukommen und seine unaufschiebbare Revolution aus dem Geiste der sozialistischen Demokratie heraus zu vollziehen.

Die Labourpartei erkennt denn auch in zunehmendem Maße die Rolle, die sie zu spielen hat: die planvolle, gemeinnützige Beherrschung der Wirtschaftskräfte, die über jede profitmäßige Ausbeutbarkeit hinausgewachsen sind, mit der Sicherung und Erweiterung persönlicher Freiheit und kollektiver Selbstregierung zu verbinden. Sie hat in dem einen Jahr, da sie nun am Ruder steht, bewiesen, daß es ihr völliger Ernst ist mit dem Aufbau eines sozialistischen England, und die Erwartung ist berechtigt, daß am Ende ihrer ersten fünfjährigen Regierungszeit mindestens 20 Prozent der britischen Industrie, darunter die Grund- und Schlüsselindustrien, in Volksbesitz sein werden. Nach einem verheißungsvollen Anlauf, den die Labourregierung mit ihrer Sozialisierungspolitik genommen hat, stößt sie jetzt zwar, namentlich in der Eisen- und Stahlindustrie, auf zunehmenden Widerstand der kapitalistischen Klasse, während es auf der anderen Seite nachdenklich stimmt, wenn der „Neuen Zürcher Zeitung“ aus London berichtet werden kann, die Gegensätze im heutigen England seien „nur zum

Teil prinzipieller Natur“, und an der vorsichtigen Wirtschaftspolitik Morrisons, die sich gerade in der Sozialisierungsfrage bekunde, hätten eigentlich auch die Konservativen „wenig mehr auszusetzen“.

Allein das mag eine Täufchung über die Tragweite der „stillen Revolution“ sein, die jetzt in England vor sich geht, und spricht wohl eher für die seit über hundert Jahren mehr als einmal bekundete Bereitschaft der britischen Oberschicht, Umwälzungen der Herrschaftsverhältnisse im Frieden anzunehmen, wenn ein ausgeprägter Volkswille dahinter steht. Gegen die Theorie von der Unvermeidlichkeit gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen Kapitalismus und Sozialismus liefert dieses britische Beispiel zum mindesten einen eindrucksvollen Beweisgrund. Die wirkliche Schwäche der Labourregierung liegt, sofern man die möglichen verheerenden Wirkungen einer künftigen Wirtschaftskrise einmal außer Betracht läßt, nicht in ihrer Innen-, sondern in ihrer *Außenpolitik*.

Die Schwierigkeiten einer sozialistischen Weltpolitik der Labourregierung seien durchaus nicht verkannt; eine imperialistische Vergangenheit von vier Jahrhunderten kann nicht von einem Jahr auf andere ausgelöscht werden. Aber gerade darum ist es ein Unglück, daß die Leitung der britischen Außenpolitik einem Manne wie Ernest Bevin anvertraut ist, der als energischer, ziemlich hemdärmelig dreinfahrender Gewerkschaftsboß und als Arbeitsdiktator während des Krieges sehr Tüchtiges geleistet hat, aber als Außenminister einfach fehl am Platz ist. Seine — sagen wir einmal: nur sehr lose innere Verbundenheit mit dem Sozialismus, seine Abhängigkeit vom konservativen Beamtenstab des auswärtigen Dienstes, seine eigensinnige Selbstherrlichkeit und große Eitelkeit, die keine ernsthafte Kritik duldet, und nicht zuletzt sein bornierter Haß gegen den Kommunismus und die Sowjetunion — all das macht ihn gänzlich unfähig, gerade jetzt, in dieser entscheidungsreichen Uebergangszeit, den Kurs für die britische Weltpolitik vorzuzeichnen. Und ein zweites Unglück ist es, daß es in der Labourpartei nicht genug einflußreiche Menschen gibt, die etwas von internationalen Angelegenheiten verstehen, und daß diejenigen, die wirklich etwas davon verstehen, entweder keine feste Linie haben oder keine Führerpersönlichkeiten sind, die gegen die offizielle Politik mit Autorität auftreten könnten. So kommt es, daß Bevin in seiner Partei immer wieder billige Triumphe über seine Kritiker erringt und mit seiner Politik weit mehr den Beifall der Konservativen und Imperialisten findet als der sachkundigen, grundsätzlichen Sozialisten. Und so erlebt man vor allem, daß sich die führende sozialistische Kraft Europas und der Welt außerstande zeigt, auf der einen Seite die neureaktionäre Bewegung, die durch die Völker geht, zu brechen, anderseits den kommunistischen Parolen eine eigene, demokratisch-sozialistische Lösung der brennenden Zeitfragen entgegenzusetzen.

Der katholische Block Der Hauptantrieb der neureaktionären Bewegung geht gegenwärtig, in Ermangelung eines eigentlichen

Faschismus, unzweifelhaft vom *politischen Katholizismus* aus. Sein Wiedererstarken in Form eigener katholischer Parteien, die sich je nachdem christlich-sozial, christlich-demokratisch, volksrepublikanisch oder ähnlich nennen, ist eine der bedeutsamsten Tatsachen der jüngsten Entwicklung, und die auffallenden Wahlsiege dieser Parteien, die in Oesterreich und Ungarn (hier durch die Partei der kleinen Landwirte), in Süd und Westdeutschland, in Holland, Belgien und Luxemburg, in Frankreich und Italien alle anderen Parteien überflügelt und teilweise sogar die absolute Mehrheit in der Volksvertretung errungen haben, diese Wahlsiege zeigen den konservativen Klerikalismus in einem Vormarsch, der seine Führer und Inspiratoren zu den kühnsten Hoffnungen begeistert. Nimmt man dazu die beherrschende Stellung, die der Klerikalismus in Spanien, Portugal und Irland einnimmt, die potentielle Macht des politischen Katholizismus in Polen und anderen Ostländern sowie den Einfluß, den die römische Kirche in ganz Amerika, von Kanada bis Argentinien, auf Staat und Parteien ausübt, so wird man zugeben müssen, daß diese Hoffnungen tatsächlich einigen Grund unter sich haben.

Nun wäre es zwar gewiß ausichtslos, all die katholischen Parteien in der Welt herum auf einen gemeinsamen Nenner bringen zu wollen. Die Unterschiede, ja Gegensätze unter ihnen sind teilweise recht erheblich, und von einer *organisierten* Einheit des Weltklerikalismus kann denn auch vorderhand keine Rede sein. Allein über die *geistige* Einheit des politischen Weltkatholizismus kann dennoch ein Zweifel keinen Augenblick bestehen; sie ist gegeben durch das gemeinsame, einheitliche Bekenntnis und die erdumspannende Organisation der römischen Kirche mit ihrer gleichmäßigen hierarchischen Gliederung und ihrer monarchisch-absolutistischen Spitze. Und die Verschiedenartigkeit der katholischen Parteien in den einzelnen Ländern ist unter diesen Umständen sogar viel mehr ein Vorteil als ein Nachteil, ermöglicht sie doch die elastische Anpassung an die jeweilige Lage und Staatsform, die immer eine Hauptstärke der römischen Kirche und ihrer Diplomatie gewesen ist, und erweckt den Anschein einer gewissen Selbständigkeit, die so weit gehen kann, daß sie sogar linksdemokratisch-sozialistische Tendenzen im Schoße katholischer Parteien erlaubt und es den Hintermännern der Bewegung doch nicht verbietet, zu gegebener Zeit den Kurs wieder sanft, aber bestimmt, nach rechts zu lenken. „Was die Kirche brauchte“, stellt der frühere spanische Außenminister Alvarez del Vayo fest (in der „Nation“), „das war eine weniger einheitliche Partei (als die offen reaktionär-klerikalen Gruppen es sind), eine Partei, die darauf berechnet war, das Volk zu verwirren, mit zwei Flügeln, die nach links wie nach

rechts ausfallen und vor allem den marxistischen Parteien Stimmen entziehen konnten — kurz, eine Organisation, die einen fortschrittlichen Klang hatte, ohne doch fortschrittlich zu sein, zum mindesten nicht gefährlich fortschrittlich.“

Und damit über den Charakter der Politik, welche die klerikale Weltbewegung zu verfolgen hat, vollends jede Unklarheit zerstreut werde, hat Papst Pius XII. nach einer Periode diplomatischen Lavierens, wie es sich nach dem Sturz des Faschismus aus Klugheitsgründen empfahl, in seiner Ansprache vom Auffahrtstag, am Vorabend der italienischen und französischen Wahlen, jeden Schein von Neutralität fallen gelassen und den offenen Kampf gegen Sozialismus und Kommunismus erklärt, damit wieder in die Bahn zurücklenkend, die die römische Kirche in der Aufstiegs- und Blütezeit der totalitären Diktaturen gewandelt war. Das geistige Zentrum der Weltreaktion liegt heute in der Tat im Vatikan, und es stimmt höchstens bitter, braucht aber in keiner Weise zu verwundern, daß auch Nachfahren des ehemals kulturkämpferischen Radikalismus die Belange der sozialen Konfervation und der bürgerlich-kapitalistischen Klassenherrschaft am sichersten bei der römischen Kirche aufgehoben sehen.

Konsequenz? Wundern muß man sich nur darüber, daß auch der europäische Sozialismus nicht die Kraft aufbringt, sich der Welle des katholischen Konservatismus entgegenzustellen und sie zu brechen, daß er vielmehr froh ist, in der Konkurrenz mit den klerikalen Parteien einerseits, der kommunistischen Bewegung anderseits nicht ganz an die Wand gedrückt zu werden, und daß er sich höchst realpolitisch darauf eingerichtet hat, aus mehr oder weniger engen Koalitionen mit dem politischen Katholizismus das Beste für die gesellschaftliche Reform herauszuholen, was nach Lage der Dinge möglich ist*).

Ein dauerndes, immer stärker werdendes Aergernis aber ist es, daß sich die britische Labourregierung, unter Mißachtung der schwächlichen Versuche, sie zum Handeln zu bringen, beharrlich weigert, mit *Franco-Spanien* zu brechen und damit die nach dem Zeugnis bester Sachkenner unerläßliche Voraussetzung für den Sturz der Diktatur auf der Pyrenäenhalbinsel zu schaffen. Die Furcht vor dem Kommunismus, die die britische und französische Regierung zu der verhängnisvollen Politik des appeasement, der vermeintlichen Beschwich-

*) Wie schlecht ihm das bekommt, zeigt das Schicksal des *französischen* Sozialismus, der im Begriff ist, in zwei Teile auseinanderzufallen: eine reformistisch-konservative Rechte, die mit dem Klerikalismus zusammenarbeitet, und eine radikale Linke, die früher oder später in der kommunistischen Partei aufgehen wird. Daß ein gleichzeitig revolutionärer und freiheitlicher Sozialismus nötig und möglich wäre, scheint niemandem in den Sinn zu kommen.

tigung und Ablenkung Hitlers und Mussolinis durch „realpolitische“ Zugeständnisse, verführte, scheint auch im Falle Franco der beherrschende Beweggrund der großen Westmächte zu sein, und wenn diese Politik schon nicht die gleichen katastrophalen Folgen haben wird wie das in München besiegelte Arrangement mit den „großen“ Diktatoren — ein gutes Ende nehmen kann auch sie nicht. Nur sollten die Vertreter dieser Politik Schamgefühl genug haben, um einmal aufzuhören, sich gegenüber der Sowjetunion als Verteidiger der westlichen Demokratie aufzuspielen, anmaßende Noten über die Sicherung der Wahlfreiheit nach Polen zu schicken (in Washington täte man besser, einen entsprechenden Druck auf Georgia, Alabama, Mississippi und andere Südstaaten auszuüben, wo der weiße Terror die Neger an der Ausübung ihres Wahlrechts fast vollständig verhindert!) und in Rumänien, Bulgarien und Griechenland zum Vorteil der Reaktion*) für die Einhaltung parlamentarisch-demokratischer Spielregeln zu sorgen. Man kann nicht die Demokratie anrufen, wenn sie einem gerade ins Konzept seiner Macht- und Interessenpolitik paßt, und sie wieder verleugnen, wenn sie dieser Politik in die Quere kommt**).

Die deutsche Frage Die schwerste Gefahr aber droht Europa aus der innerlich gebrochenen Haltung, welche die Westmächte gegenüber *Deutschland* einnehmen. Wir werden jetzt ja mit Deutschland-Literatur aller Art reichlich versorgt, und ich kann mich heute schon aus äußeren Gründen nicht mehr lange bei der ewigen deutschen Frage aufhalten. Ich will darum hier nur den Finger auf den einen Punkt legen, der mich in dem Zusammenhang, in den die Weltrundschau diesmal gestellt ist, besonders wichtig dünkt: das Verhältnis des deutschen Volkes zu *Demokratie, Sozialismus und Kommunismus*.

Es wird dabei auch dem Arglosesten allmählich klar geworden sein, daß an eine Gesinnungsänderung zum Guten bei der großen Mehrheit des deutschen Volkes für alle absehbare Zeit überhaupt nicht zu denken ist. Weit entfernt, seine Macht über die Geister zu verlieren, gewinnt der brutalste und verhärtetste Nationalismus in

*) Die von Bevin vertretene *Griechenlandpolitik* hat nun ja mit dem „Volksentscheid“ zugunsten der Wiederherstellung der *Monarchie* eine neue, unerfreuliche Frucht getragen.

**) Auch an diesem Punkte zeigt sich, daß die Feindseligkeit der bürgerlichen Welt gegenüber der Sowjetunion nicht aus Liebe zur Freiheit, sondern aus Haß gegen den Sozialismus stammt. Die Sowjetunion regt die Leute nicht auf, weil sie eine Diktatur ist (mit anderen Diktaturen hat man sich ja ausgezeichnet zu stellen gewußt und erträgt sie auch heute noch ohne Schwierigkeit), sondern weil sie auf ihrem Boden den Kapitalismus ausgerottet hat und ihre bloße Existenz auch vom außerrussischen Kapitalismus als dauernde Herausforderung und Bedrohung empfunden wird.

Deutschland aufs neue auch dort an Boden, wo er schon auf dem Wege schien, entwurzelt zu werden. (Ich glaube sogar in Amerika unter deutschen Emigranten und eingebürgerten Deutschen bedenkliche Spuren davon bemerkt zu haben.) Auch der Nürnberger Prozeß, der nun endlich bis auf die Urteilsfällung abgeschlossen ist und fast täglich neue Scheußlichkeiten des Nazismus enthüllte, hat das deutsche Gewissen nicht aufzurütteln vermocht; man kann und muß von ihm wohl eine bedeutende Fernwirkung erwarten, die sich mit der Zeit immer stärker entfalten wird — für die Gestaltung der *näheren* Zukunft Deutschlands fällt er fast gänzlich außer Betracht. Die Zeugnisse, die uns aus Deutschland zukommen, stimmen jedenfalls darin weitgehend überein, daß der Nazismus — wenn auch zeitgemäß weitergebildet — neuen moralischen Kredit gewinnt, und die Beobachtung jenes britischen Kommandanten eines Lagers von deutschen Kriegsgefangenen, der den „Manchester Guardian“ auf die „ernste Tatsache“ aufmerksam macht, daß „unter diesen jungen Gefangenen die Tüchtigkeit auf Seiten des Nazismus liegt; die paar, die sich als nazifeindlich erklären, sind minderen Kalibers“, darf als ziemlich typisch gelten.

Und nun halte man daneben die andere Tatsache, daß neuerdings deutsche Techniker, zivile wie militärische, Wirtschaftsfachleute und anscheinend auch schon Arbeiter in wachsender Zahl aus dem Westen und Süden in die russische Zone strömen und von dorthin in die Sowjetwirtschaft, insbesondere auch in die Rüstungsindustrie, eingereiht werden. Das bedeutet zunächst zweierlei: 1. daß die *Westalliierten außerstande* sind, die deutsche Wirtschaft in ihren Zonen so zu organisieren, daß die technische und kaufmännische Intelligenz *Hoffnung auf Betätigung* haben könnte, während die Sowjetunion ein *unbegrenzt aufnahmefähiges Reservoir* für arbeitslose ausländische Fachleute darstellt; und 2. daß Rußland namentlich einen großen Bedarf an Fachleuten — Technikern und Arbeitern — für seine *Rüstungsindustrie* hat, von der man weiß, daß an ihrem Ausbau zu einer jedem Anspruch genügenden, auf ausländische Hilfe nicht mehr angewiesenen Leistungsfähigkeit mit äußerster Tatkraft gearbeitet wird.

Die Tragweite dieser Tatsachen kann kaum ernst genug erwogen werden. Es ist mehr als bloß organisatorisches Versagen, es ist die Folge einer verfehlten Grundeinstellung, daß sich die Westalliierten als unfähig erwiesen haben, das von ihnen besetzte Deutschland auch nur von ferne lebensfähig zu machen. Keinerlei Plan in dieser Richtung ist bekannt geworden, wohl aber Pläne für das Gegenteil. Die Westalliierten wissen nicht einmal, wollen sie Deutschland als möglichen neuen Wirtschaftskonkurrenten behandeln, dem Märkte, Rohstoffquellen und Produktionskräfte nach Möglichkeit abgenommen werden müssen, oder sollen sie im eigenen Interesse einen gewissen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft begünstigen. Die Sowjet-

union ist anderseits planmäßig daran, Deutschland in einen großen *osteuropäisch-asiatischen Wirtschaftsraum* einzugliedern, der von den Hemmungen, Krisen und Erschütterungen des westeuropäisch-amerikanischen Kapitalismus unabhängig wäre, eine großzügige Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Agrarländern ermöglichte und die sichere Grundlage für eine unangreifbare Entfaltung und nötigenfalls erfolgreiche Verteidigung der Sowjetunion schüfe.

Müßte nicht die Aussicht auf eine Wiederbelebung Deutschlands im Rahmen eines solchen Ostreiches mit der Zeit eine große, eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf ein deutsches Volk ausüben, dem die Westalliierten nichts zu bieten haben als Hunger, Entbehrung und Bestrafung? Hätten die Deutschen des Westens und Südens irgendwelche Schwierigkeiten, sich mit den Ostdeutschen zusammen einem nach Asien hinein erweiterten und unendlich entwicklungsfähigen Ostreich einzufügen, wenn der endgültige Zusammenbruch der westalliierten Deutschlandpolitik die Möglichkeit dazu böte? Oder was tun die Westmächte, um eine derartige Entwicklung zu verhindern?

Die Chance der Demokratie Die Antwort mag sich jedes selbst geben. Ich für meinen Teil empfinde wenig Neigung, eine Revanche des deutschen Nazismus an die Wand zu malen, der Arm in Arm mit dem „blutrünstigen Bolschewismus“ das ebenso demokratische wie friedliebende und, ach, so christliche Westeuropa samt Amerika überiele und zu unterjochen suchte. Denn noch hat der Westen und mit ihm die Demokratie eine große Chance. Es steht England, Frankreich und Amerika noch heute frei, den von ihnen besetzten Großteil Deutschlands — denn mit der *Teilung* Deutschlands muß man sich bis auf weiteres abfinden — an ein Europa anzuschließen, das *auf plan- und gemeinwirtschaftlicher Grundlage neu organisiert* und gefördert würde. Das setzt freilich eine radikale Wandlung von Wirtschaft und Politik der Westmächte und ihrer Trabanten voraus. Aber diese Wandlung ist ohnehin fällig, und mindestens von der britischen Labourregierung sollte man den Willen zu einer solchen Neuordnung Europas durchaus erwarten können. Ob sie dabei die Vereinigten Staaten auf ihrer Seite fände, erscheint mehr als zweifelhaft; aber kann sich Westeuropa denn nicht auf eigene Beine stellen und sein Schicksal selbst in die Hand nehmen? Frankreich sollte jedenfalls für den Plan eines von der wirtschaftlich-sozialen Seite her neu aufzubauenden Europa zu gewinnen sein, desgleichen Belgien, Holland, der stark sozialistische Norden und vielleicht auch Italien. Die Demokratie bekäme dadurch ein Ziel, für das sie sich mit Begeisterung einsetzen könnte, und einen Kampfboden, von dem aus sie die Reaktion aller Grade frontal angreifen und schlagen könnte. Aber sie müßte eben *Mut* fassen, Mut zur Ziehung der sozialen und wirtschaft-

lichen Folgerungen aus ihrem eigenen Prinzip, Mut zum raschen und kräftigen Handeln, Mut zur — Revolution.

Denn eine Revolution braucht es allerdings, wenn Europa soll leben können. Und da es schwer zu glauben ist, daß das Abendland seinem Untergang tatenlos zusehen werde, so wird die Revolution gewiß auch kommen — wenn nicht aus der Kraft der sozialistischen Demokratie, dann eben in Gestalt einer kommunistischen Diktatur. Mit bloß negativer Bekämpfung des Kommunismus, mit bloßer Verteidigung der Menschenrechte ist es nicht länger getan; die bestehenden Formen der Demokratie sind so eng mit dem bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftssystem verknüpft, daß sie mit ihm auch fallen werden, wenn sie nicht von ihm abgelöst und mit einer *sozialistischen* Ordnung verbunden werden.

Ob die Demokratie die Kraft zu dieser Umwälzung findet, hängt letztlich davon ab, ob sie wieder den Zugang zu den tiefen *geistigen* Quellen findet, aus denen sie stammt. Die so fürchterlich verflachte Demokratie unserer Tage hat ihre beste Kraft — trotz dem militärischen Sieg über den Faschismus, der ja wesentlich auch von einem Diktaturstaat mit erkämpft wurde — freilich verloren, und wenn wir nur an die Surrogatstoffe hinschauen wollten, aus denen sie sich heute kümmerlich nährt, so müßte man sich ja schon mit ihrem Schicksal entmutigt abfinden. Aber vertrauen wir denn nicht auf den Aufbruch neuer Kraftquellen auch für die Demokratie aus der Tiefe und von der Höhe her? Erwarten wir nicht neue Himmel und eine neue Erde, darinnen *Gerechtigkeit* wohnt — auch die *soziale* Gerechtigkeit, deren Schaffung die große geschichtliche Aufgabe unseres Geschlechtes ist, und die auch erst der Freiheit festen Grund und realen Inhalt zu geben imstande ist?

31. August 1946.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Sozialpolitische Es ist vielleicht richtig, wenn wir bei unserem
Abschlagszahlung Rundblick über die schweizerische Lage diesmal von dem Ereignis ausgehen, das während der letzten Wochen unsere Öffentlichkeit in besonderem Maße beschäftigt hat: von der Beratung und schließlichen Annahme des Gesetzes über die *Alters- und Hinterbliebenenversicherung* durch den Nationalrat. Die Gutheißung der Vorlage erfolgte mit erdrückendem Mehr; trotzdem haben wir aber — noch abgesehen von den Absichten des Ständerats und der Drohung des Referendums — recht wenig Grund zu irgendwelcher Siegestimmung. Denn das Versicherungswerk, das am 1. Januar 1948 in Kraft treten soll, ist ja bei allem Guten, das es bringt,